

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zeugungspreis monatlich (bei Haus 2 RM, Halbjahrs 10 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 3 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Oberbahnhofstr. 3 / Fernspr. Zim Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Expeditionsstunden der Redaktion: Werktags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang **Sonnabend, den 12. November 1927** Nummer 264

Das Resultat des Steuerraubes

Berlin, 12. November. (Eig. Drahtbericht.)

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht die Uebersicht über die Einnahmen des Reiches an Steuern und Zöllen im Halbjahr vom 1. April bis 30. September 1927, aus der hervorgeht, daß in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres die werktätigen Schichten Deutschlands zwei Drittel der Gesamteinnahmen aufgebracht haben. Von den gesamten Reichssteuereinnahmen in Höhe von 4115 Millionen Mark entfallen 2650 Millionen auf Massensteuern und 1464 Millionen auf die Besitzbelastung.

Die größte Massensteuer, die Lohnsteuer, hat allein 640 Millionen Mark eingebracht. 80 Millionen mehr als der Voranschlag von 550 Millionen Mark vorgelesen hat. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, die nur 530 Millionen an Lohnsteuern erbrachte, ist diese Summe diesmal um 110 Millionen Mark überschritten resp. aus den Arbeitern, Angestellten und Beamten herausgepreßt worden. In ähnlichen Ziffern bewegen sich die Zölle und Verbrauchssteuern, die allein, vergleicht man den Voranschlag gegenüber dem Aufkommen, 235 Millionen Mark Ueberschuß gebracht hatten, die wiederum fast restlos durch die arbeitenden Massen aufgebracht worden sind.

Die Steuern aus der Besitzbelastung zeigen das umgekehrte Bild. Das Aufkommen bleibt hier hinter dem Voranschlag weit zurück. So hat die Einkommensteuer statt 710 nur 610 Millionen Mark gebracht. Die Vermögenssteuer statt 225 nur 200 Millionen, die Erbschaftsteuer statt 50 nur 33 Millionen. Nur die Körperschaftsteuer hat ein Mehraufkommen von 39 Millionen Mark erzielt. Insgesamt ergibt sich an aufgebrauchten Steuern gegenüber dem Voranschlag für das gesamte Halbjahr ein Ueberschuß von 240 Millionen, die restlos aus den Massensteuern sich

ergeben. Die Besitzbelastungen sind bei 1465 Millionen mit 25 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Aus den arbeitenden Massen wurden aber statt der vorgesehenen 2385 Millionen 2650 Millionen herausgepreßt, also ein Mehr von 265 Millionen.

Während die Bürgerblockregierung durch ein unerhörtes Anziehen der Steuerschraube und mit Jollwucher Milliardenbeträge aus den werktätigen Massen herauspreßt, verweigert man den niedriger bezahlten Beamtengruppen eine geringe Aufbesserung ihrer Hungergehälter. Mit dem Raub des Streikrechtes durch die Klassenjustiz und durch verbindlich erklärte Schiedsprüche soll den Arbeitern die Möglichkeit genommen werden, sich gegen diese unerhörte Ausplünderung und die Senkung des Lebensstandards zu wehren. Zur gleichen Zeit aber sollen Hunderte von Millionen Mark zur Verfassung der Volksschule im Interesse schwarzer Reaktion verpulvert werden. Mit dieser Steuer- und Jollpolitik bildet die deutsche Bourgeoisie die Lasten des Krieges und des Dawesplanes vollkommen den Arbeitern auf. Die Entlastung der Besitzenden, die ganz deutlich aus dem Rückgang der Erträge aus den Besitzern erkenntlich ist, soll die Kapitalakkumulation zum Wiederaufbau des deutschen Imperialismus ermöglichen. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß jetzt den Kampf gegen diese unverschämte Ausplünderung der Massen organisieren. Die Herabsetzung der Lohnsteuer und der übrigen Massensteuern, die Erhöhung der steuerfreien Einkommensgrenzen muß durch große organisierte Massenbewegungen der Werkstätigen erzwungen werden. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aller Industrien und Verbände muß in ihren Organisationen verlangen, daß sofort der Kampf um höhere Löhne aufgenommen wird, um eine noch weitere Verelendung der breiten Schichten zu verhindern. Der Aushungerungspolitik des Bürgerblocks muß ein Ende bereitet werden mit dem Sturze dieser Ausbeuterregierung.

Kinder des Bolschewismus

R. R. Am 8. November schrieb Böchel in der Chemn. Volksstimme einen Artikel, in dem er erklärte: die russische Diktatur und die westeuropäische Demokratie seien auf einem Boden gewachsen. Am 10. November stellt die Dresdner Volkszeitung die Parallele zwischen Bolschewismus und Faschismus. Als Ausgangspunkt zu einem Artikel „Moskau und Rom“ weist die Volkszeitung auf das zeitliche Zusammenfallen des zehnjährigen Bestehens der Sowjetunion mit dem fünfjährigen Bestand der Herrschaft Mussolinis hin. Die Volkszeitung schreibt:

... Bolschewismus und Faschismus sind zwei miteinander eng verwandte politische Erscheinungen, und diese Verwandtschaft ist von Mussolini wiederholt unterstrichen worden. Beide predigen den gleichen Haß gegen die Demokratie, und beide regieren nach dem gleichen Prinzip einer gewaltigen Diktatur der Minderheit über die Mehrheit, beide behaupten sich mit den gleichen Mitteln der Unterdrückung aller demokratischen Freiheiten.

Dann zählt der Artikelsschreiber auf, es gäbe in Russland und auch in Italien keine Pressefreiheit, keine Meinungsfreiheit, kein Koalitions- und Versammlungsrecht. Nur der herrschenden Partei dienende Blätter seien gestattet. Es gäbe Spindel- und Sondergerichte. Der Unterschied sei nur ein formalistischer. Die russischen Sozialrevolutionäre und Menschewiki werden nach den Salomiewski-Inseln in bittere Kälte, die italienischen Sozialdemokraten nach subtropischen Inseln verbannt.

Genau wie uns mit der Frage der Demokratie beschäftigen, wollen wir zuerst auf eine kleine Sonderbemerkung eingehen. In Russland wie in Italien — so konstruiert der Artikelsschreiber — herrsche die Minderheit über die Mehrheit. Ein kleiner Irrtum, nur ein kleiner Irrtum, gewiß, aber in Russland herrscht doch wohl die arbeitende Klasse, die 140 Millionen umfasst, gegen die Reste der Kapitalisten und die Koop-Bourgeoisie, gegen eine kleine, verschwindende, immer mehr zum Absterben verurteilte Gruppe. In Italien herrscht der Faschismus im Interesse des italienischen Kapitals gegen die Masse der arbeitenden Bevölkerung. Doch wohl ein Unterschied, den zwar die Arbeiter aller Länder begreifen, den die „linken“ lässlichen Redakteure aber verwischen müssen, um ihre Phrase von der formalen Demokratie aufrechtzuerhalten.

Was aber hat es mit dieser Demokratie auf sich, ihr Herren von der Volkszeitung? Wir hassen die Demokratie, und Mussolini hacht sie. Jawohl, aber die Gründe sind doch wohl sehr verschiedener Art, und damit auch ihre Auswirkungen. Mussolini hacht die Demokratie, weil sie den Arbeitern immerhin — und das wurde von uns nie bestritten — die Möglichkeit zur Propaganda und Organisierung für ihren Befreiungskampf gibt, der die Ueberwindung der formalen Demokratie, die Errichtung der Diktatur, der Herrschaft des Proletariats zur Aufgabe hat. Mussolini hacht die Demokratie, weil er diesen Befreiungskampf unterdrückt. Wir hassen die formale, die bürgerliche Demokratie, weil sie die verlogene Verhüllung der Diktatur der Kapitalistenklasse ist, weil, wenn wir die Befreiung der Arbeiter wollen, wir die bürgerliche Demokratie überwinden müssen. Die Demokratie, die die Verhüllung der Diktatur des Kapitals darstellt, zeigt sofort ihren wahren Charakter, wenn das Proletariat ernsthaft beginnt, den Befreiungskampf zu führen, — dann zeigt sich die Fratze der kapitalistischen Diktatur unverhüllt. Im Jahre 1918 schrieb Kautsky eine Broschüre über „Die Diktatur des Proletariats“. Lenin antwortete damals, im November 1918, mit seiner Broschüre „Die Diktatur des Proletariats und der Negativ Kautsky“. In dieser Broschüre erklärt Lenin zu der Frage der Demokratie, der Kautsky fast seine gesamte Broschüre widmete:

„Keine Demokratie“ ist nicht nur ein Ausdruck, der von Unwissenheit und Verstandlosigkeit für den Klassenkampf und das Wesen eines Staates zeugt, sondern auch ein doppelt und dreifach nichtssagender Ausdruck; denn in der kommunistischen Gesellschaft wird die Demokratie sich wandeln und zur Gewohnheit werden, wird absterben, aber nie zur „reinen Demokratie“ führen.

Die „reine Demokratie“ ist die verlogene Phrase eines die Arbeiter irreführenden Liberalen.

Auch Lenin erklärt, daß die Demokratie ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, jedoch ein Fortschritt gegenüber dem Mittelalter. Aber sie bleibt unter dem Kapitalismus schmal, beschränkt, falsch, heuchlerisch. Aber auch der bürgerliche demokratische Staat bleibt ein Instrument zur Ausbeutung und Beherrschung der arbeitenden Massen. Ein wenig nachschlagen bei Marx und Engels wird zwar nicht die sozialdemokratischen Führer, jedoch die Arbeiter zum Nachdenken über den Wert der Demokratie antreiben. Engels schreibt in bezug auf den bürgerlichen Staat in Urprung der Familie, des Privateigentums und des Staates:

Nicht nur der antike und der feudale Staat waren Organe zur Ausnutzung der Elanen und Weiblichen, sondern auch der moderne Repräsentativstaat.“ (Hervorgehob. von mir, d. B.)

In seinem Vorwort von Karl Marx „Bürgerkrieg in Frankreich“ schreibt Engels:

„In Wirklichkeit also ist der Staat nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“

Dann aber stellt Engels auch ganz klar und ohne Verhüllung die Frage, wozu das Proletariat den Staat ge-

Wer frißt die Steuergroschen?

Korruptionsgelber für die deutschnationale Wahlpropaganda

Berlin, 12. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der bekannte Phoebus-Film-Scandal des Reichswehrministeriums ist allen Arbeitern noch in guter Erinnerung. Zum Zwecke nationalistischer Propaganda hat damals das republikanische Reichswehrministerium der Phoebus-Filmgesellschaft große Korruptionssummen zur Verfügung gestellt. Unter dem Druck der Arbeiterschaft setzte die Bürgerblockregierung den Reichskommissar Samisch in Bewegung, der die Korruptionsgeschichte in bekannter Manier untersuchen, d. h. verulken sollte. Bis jetzt hat man auch nichts von den Ergebnissen dieser Untersuchung gehört. Um diese für die Bürgerblockregierung unliebsame Korruptionsgeschichte ein für allemal verschwinden zu lassen, macht jetzt das Reichswehrministerium ein neues Schachergeschäft und versucht unter der Hand die Aktien der Phoebus-Film-W.G. schleunigst abzuschließen, und zwar an keinen anderen, als an den deutschnationalen Zeitungs- und Filmmagnaten Hugenberg. Das Reichswehrministerium hilft neben dieser neuen Verkleuderung von Steuergeldern, indem es Hugenberg die Phoebus-Film-Aktien sicher für einen Schleuderpreis überläßt, die ungeheure Macht Hugenbergs noch stärken. Es macht sich andererseits dadurch, daß Hugenberg schon jetzt alle Vorbereitungen trifft, um seine gesamte Presse- und Filmmacht im Sinne der Deutschnationalen auf die kommenden Wahlen einzustellen, zum indirekten Wahlhelfer der Deutschnationalen.

Der Zeitungsönig Hugenberg ist sozusagen der Chef der Agitpropabelitung der Deutschnationalen. Der mächtige Einfluß der nationalistischen Presse genügt ihm aber schon lange nicht mehr zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Bekannt ist sein Kampf um die „Ufa“. Dann wurden auf dem Wege über das Reichswehrministerium Millionen Steuergelder zur Herstellung nationalistischer Filme: „Friedrich der Große“, „Nebelungen“, „Bismarck“ usw. verwendet. Jetzt hat Hugenberg zusammen mit dem Kapitän Schiele und dem Grafen von Schulenburg in Merseburg die „Deutschen Volksspielfestspiele“, abgekürzt „Devoll“, gegründet. Die „Devoll“ hat bei Ford auch schon 400 Spezialautos bestellt, und dann sollen in kürzester Frist Kolonnen zu je 20 Wagen mit den fertigen Apparaten, den nötigen Filmrollen, Projektionsmaschinen usw. ins Land fahren, um ins kleinste Dorf die deutschnationale Propaganda zu tragen. Die Finanzierung übernimmt

zum größten Teil die Industrie durch Kaffemessine; die anderen Filme werden unter der Firma „Schul- und Lehrfilme“ Steuerfreiheit genießen. Die Hauptsache bildet eine entsprechend zurechtgeschaltete politische Wogenhahn.

So bereiten die Deutschnationalen schon jetzt die Reichstagswahlen vor.

Waffenherrschaft in der Schule, Presse und Film, so soll das Gehirn der werktätigen Massen verkleistert werden!

Gefehlerte Verhandlungen im Tabakarbeiterkampf

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fanden im Reichsarbeitministerium unerwartete Besprechungen zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Tabakindustrie statt. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß sie nach wie vor zu Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen bereit sind. Die Unternehmer erklärten provokatorisch, daß sie weder grundsätzlich noch wirtschaftlich in der Lage sind, irgendein Zugeständnis zu machen.

Auf Grund dieser schamlosen Erklärung wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Die Funktionäre des Tabakarbeiterverbandes traten sofort zu Besprechungen zusammen, um Maßnahmen zur Durchführung des von den Unternehmern endgültig ausgewungenen Kampfes zu treffen.

Der heutige Vorwärts schreibt dazu: „Die Unternehmer spielen mit dem Feuer. Wenn sie nicht von allen guten Geistern verlassen sind, bemühen sie die ihnen noch geliebte Galgenfrist, einzuloten.“

Nach der Feststellung, daß die durch die Inflation geschwächten Gewerkschaften wieder stark geworden sind, heißt es im Vorwärts weiter: „Was versprochen sich die Unternehmer übrigens von der Ausperrung? Wollen sie die elenden Löhne noch tiefer drücken? Das können sie nicht. Sagen sie doch selbst, daß sie den Kampf führen um Aufrechterhaltung des Tarifs! Wollen sie die Organisation schwächen? Doch nie ist der Zustand neuer Mitglieder zum Tabakarbeiterverband so groß gewesen, wie seit der Ankündigung der Ausperrung. Sicher ist nur eins: Gewinnen können die Unternehmer bei dieser Ausperrung gar nichts.“

Das ist die alte Leier. Kauffat nun die Arbeiterschaft zum verschärfsten Kampf gegen das hartnäckige Unternehmertum aufzurufen, kennt das Zentralorgan der SPD nichts anderes, als einen Appell an die bessere Einsicht der Unternehmer.